

Sozialdemokratischer Pressediens

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

41. Jahrgang / 22

31. Januar 1986

Professor Dr. Horst Ehmke
MdB, Stellvertretender Vor-
sitzender der SPD-Bundes-
tagsfraktion, zum 60. Ge-
burtstag von Hans-Jochen
Vogel: Glückwunsch, Dank
und Ermutigung.

Seite 1

Gerd Wartenberg MdB zur
Situation in Berlin: Diepgens
Stern ist im Sinken.

Seite 3

Klaus Daubertshäuser MdB,
Obmann der SPD-Fraktion
im Verkehrsausschuß des
Deutschen Bundestages, zur
Straßenbaupolitik der SPD:
Qualität vor Quantität.

Seite 5

Glückwunsch, Dank und Ermutigung

Hans-Jochen Vogel zum 60. Geburtstag

Von Professor Dr. Horst Ehmke MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Am 3. Februar wird unser Freund und Genosse Hans-Jochen Vogel 60 Jahre alt. Seit 35 Jahren streitet er für die deutsche Sozialdemokratie. Viele Ämter und Aufgaben wurden ihm in dieser Zeit übertragen.

Eine seiner ersten Berufungen führte ihn in die Staatskanzlei des Sozialdemokratischen Bayerischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner. Junge Leute meinen heute manchmal, die SPD als Regierungspartei in Bayern, das könne es nur in der Weimarer Republik gegeben haben. Aber weit gefehlt, das war bis 1957 so und wird hoffentlich bald wieder so sein. Jochen Vogels politische Zuversicht kommt sicher nicht zu einem unerheblichen Teil aus seinen frühen bayerischen Erfolgserlebnissen.

Wegweisend für alle späteren Aufgaben war seine Zeit als Münchner Oberbürgermeister, in der er für die Republik nicht nur zu einem Namen, sondern zu einem Begriff geworden ist. Seine Politik ist schon damals nicht konservativ gewesen: Vorrang der öffentlichen Verkehrsmittel vor dem Individualverkehr, Schaffung eines Fußgängerbereiches in der Innenstadt, Abkehr von der „auto-gerechten“ Stadt, über die Kommunalpolitik weit hinausführende Initiativen für eine Bodenrechtsreform. Diese Linie setzt sich heute in seiner kritischen Haltung gegenüber einer vordergründigen Wachstumsphilosophie ebenso fort wie in der Überprüfung unserer Wege zu gesellschaftlicher Reform und zur Sicherung des Friedens.

Hans-Jochen Vogel hat der Bundesrepublik als Bundesbauminister und als Bundesjustizminister gedient. Er gehört seit 15 Jahren dem Bundesvorstand und seit 13 Jahren dem Präsidium unserer Partei an. Seit zwei Jahren ist er einer der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD.

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressediens GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verlag/Verlag
mit wertvollen Materialien
Recycling-Papier



1981 übernahm Hans-Jochen Vogel in einer für unsere Partei schwierigen Zeit das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin. Aus dieser Zeit kennen wir seine „Berliner Linie“, der es um das Gespräch und den fairen Umgang mit der rebellierenden Jugend ging, aber auch um unsere Antwort auf die breite Basisbewegung, auf den Teilhabeanspruch, den immer mehr Bürger als ein Bürgerrecht unserer Verfassung begreifen. Jochen Vogel geht es für die Bürgerinnen und Bürger um den besseren Zugang zu unserer Partei und für die Partei um die Öffnung gegenüber Außenstehenden. Er war sich nicht zu schade für die mühselige Kleinarbeit im Petitionsausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses. Sein Berliner Bürgerbüro war und ist eine Zuflucht für Menschen, die sich von Politik und Bürokratie ausgestoßen und bedrängt fühlen. Jochen Vogel zeigt gerade auch in dieser Arbeit, daß Politik nicht mit Wortwolken, sondern mit solider handwerklicher Arbeit betrieben werden muß.

Jochen Vogel hat uns 1983 als Kanzlerkandidat durch eine schwere Bundestagswahl geführt. Seitdem ist er als Vorsitzender der Bundestagsfraktion Oppositionsführer im Deutschen Bundestag. Wir haben unter seinem Vorsitz unsere Alternativen zur Politik der Wende-Koalition entwickelt, die Arbeit von Fraktion und Partei besser aufeinander abgestimmt und den sozialdemokratischen Schulterschuß mit den Gewerkschaften erneuert.

Die Neuordnung der Fraktionsspitze mit acht Stellvertretern, die gleichzeitig Vorsitzende der Arbeitskreise beziehungsweise -bereiche der Fraktion sind, ist auch auf Widerspruch gestoßen. Meines Erachtens hat sie sich inzwischen bewährt. Was noch wichtiger ist: Nach einer gelegentlich stürmischen Reibungsphase ist der pädagogische Ehrgeiz Jochen Vogels, der Fraktion administrative Effizienz beizubringen - ihm „machen Sachen Spaß, die funktionieren, die schlüssig und rundum in Ordnung sind“ - mit dem pädagogischen Eros der Fraktion, aus Jochen Vogel einen richtigen Parlamentarier zu machen, eine glückliche Verbindung eingegangen.

Die Art, wie wir heute in der Fraktion miteinander umgehen - wie die Art, in der Jochen Vogel und Johannes Rau im Bunde mit Willy Brandt die Fragen der Partei-Stellvertreter und der Kanzler-Kandidaturen vorbereitet haben - kann die Menschen in unserer Volke ermutigen, die an unser Verhalten höhere Maßstäbe anlegen als an das anderer Parteien.

Mancher mag Jochen Vogels hartnäckige Seriosität für altbacken, wenn nicht gar für altmodisch halten. Unbestrittenermaßen hat sie das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der deutschen Sozialdemokratie in hohem Maße gemehrt. Und sie hat in die Partei hinein etwas Wichtiges vorgelebt: Lernfähigkeit ohne Opportunismus.

So gratulieren wir Hans-Jochen Vogel sehr herzlich. Wir sagen ihm vielfältigen Dank und ermutigen ihn, seinen Weg mit uns fortzusetzen.

(-/31.1.1986/rs/ks)

* * *



Berlin ist wieder da

Diepgens Stern ist im Sinken

Von Gerd Wartenberg MdB

„Berlin ist wieder da!“ Unter diesem großmäuligen Wahlkampfeslogan hatte die Berliner CDU vor nicht mehr als einem Jahr ihren Wahlkampf geführt. Auf merkwürdige Weise bewahrheitet sich in diesen Monaten dieser Wahlkampfespruch. Allerdings, wer meint, damit könne man anknüpfen an Skandalzeiten aus der Regierungszeit der SPD, der irrt sich.

Wer in den letzten Wochen die Berliner Misere verfolgt hat, wird feststellen, daß es sich im Augenblick um den größten Korruptionsskandal der Nachkriegsgeschichte handelt. Zu SPD-Regierungszeiten in Berlin hat es ohne Frage Filzskandale und auch politische Fehleinschätzungen von Politikern gegenüber windigen Unternehmern gegeben. Man denke nur an die Fehleinschätzung bezüglich der Garski-Projekte.

Aber die Situation jetzt hat eine völlig neue Qualität. Noch nie war eine Partei mit der organisierten Kriminalität verflochten. Daß die ermittelnden Behörden diesen ganzen Komplex unter dem Geschäftsbereich der organisierten Kriminalität abhandeln, zeigt sehr deutlich, worum es sich handelt. Die CDU Charlottenburg weist in ihren Mitgliederlisten viele dieser Kriminellen aus: Bordellbesitzer, Autoschieber, kriminelle Rechtsanwälte, die jeweils mit der politischen Führungsschicht der CDU in Berlin verknüpft sind.

Ausgelöst ist das alles durch einen zuerst eigentlich einmalig erscheinenden Kriminalfall im Zusammenhang mit dem Stadtrat Antes (CDU). Er ließ sich im Amt begünstigen, nahm Gelder an, um Baugenehmigungen oder Abrißgenehmigungen zu erteilen, und zwar Schmiergelder in Millionenhöhe.

Viele ahnten damals schon, daß der Fall Antes mehr verbarg, als nur die Verfehlungen eines einzelnen Politikers. Viele Monate vorher war durchgesickert, daß es bei Antes nicht mit rechten Dingen zugehen könne. Immer wieder wurden Hinweise dem Regierenden Bürgermeister gegeben. Doch der Regierende Bürgermeister Diepgen hatte immer wieder alle Hinweise unter den Teppich gekehrt.

Seit Mitte März 1986 war Diepgen bekannt, daß CDU-Mitglieder namens Schwanz und Pörtner sich eines Strohmannes zur Anmietung eines Cafés bedient hatten. Es war Diepgen bekannt, daß Herr Schwanz Bordellbesitzer war und trotzdem hat sich Diepgen schon vor einem Jahr nicht durch ein Parteivorstandsverfahren oder nur verbal von diesem Manne distanziert. Dabei geht es noch nicht einmal um die strafrechtliche Würdigung der Taten dieser Leute. Es geht einfach nur darum, daß offensichtlich der Vorsitzende der Berliner CDU keinen Anlaß sah, sich zu diesen schmutzigen Geschäften zu äußern, in die fast ausschließlich CDU-Mitglieder verwickelt waren.

Der kriminelle Hintergrund des Antes-Skandals liegt wohl darin, daß Ganoven einen korrupten Baustadtrat und Kreisvorsitzenden aufkaufen konnten, um sich unkontrolliert aus öffentlichen Kassen zu bedienen. Der Regierende Bürgermeister Diepgen hat sich anderthalb Jahre Zeit gelassen, bis er sich auf dem Landesparteitag im November mit drei Sätzen zum Fall Antes äußerte.

Im Juli 1984 wurde bekannt, daß dieser kriminelle Stadtrat 2.000 städtische Wohnungen zu einem Schleuderpreis von 4.000,- DM pro Wohnung verkaufen wollte. Die Presse kommentierte damals schon, daß das nicht nur Anlaß für behördeninterne Untersuchungen, also für eine rein juristische Klärung sei, sondern letztlich auch die Forderung nach dem Rücktritt von Antes begründe.

Durch das Versäumnis, in diesen Skandal rechtzeitig einzugreifen, kam nur scheinbar an die Öffentlichkeit, daß die Herren Lummer (Innensenator), der Herr Buwitt (Fraktionsvorsitzender der CDU)



und der Herr Krause (Staatssekretär beim Senator für Bau- und Wohnungswesen) in die Geschichten verwickelt sind. Da wird darüber gerätselt, durch wen der Kriminelle Putsch den Herrn Antes kennt, bis herauskommt, daß diese Bekanntschaft über Herrn Lummer zustande kam, der bei seinen zahlreichen Libanon-Reisen dort den Autoschieber Putsch kennengelernt hat.

Inzwischen hat sich der engere Komplex Antes um eine allgemeine Spendenaffäre im Bereich des Bauwesens ausgeweitet. Wieder einmal stellt sich heraus, daß in Berlin, wo fast kein Projekt ohne öffentliche Förderung, Grundstücke fast nur im Erbbaurecht vergeben werden, Subventionen für jegliche Projekte an der Tagesordnung sind, jene Vermischung zwischen privaten Bauinvestitionen, Politikern und Beamten eine unheilvolle Form angenommen hat. Unheilvoll deswegen, weil einerseits viele glaubten, die Parteikassen mit Mitteln aus den Spenden im Baubereich füllen zu können, und dafür bestimmte Dienste in den Verwaltungen und von der Politik gegenüber Bauträgern geleistet worden sind. Dies kann man natürlich nicht in jedem Spendenfall behaupten. Aber die Tendenz ist in Berlin sehr stark nachzuweisen.

Auch die Sozialdemokraten haben von einigen Bauträgern Spenden bekommen. Sie haben allerdings, anders als die CDU, die Beiträge weitestgehend im Bundesanzeiger veröffentlicht. Ärgerlich bleibt, daß zumindest ein Mandatsträger eine Spende nicht an die Partei weitergeführt hat, sondern für sich selbst verwandt hat.

Das Grundproblem der Vermischung vom persönlichen Interessen privater Bauträger, die, wie in dem Fall Franke, vor kriminellen Handlungen, das heißt Bestechung von Beamten nicht zurückschrecken, und dem öffentlichen Interesse zeigt, daß in Berlin grundsätzlich dieses Thema in den Parteien, insbesondere natürlich bei der Regierungspartei, angepackt werden muß.

Den Versuch des Regierenden Bürgermeisters zu einem Allparteiengespräch zu kommen, ließ die SPD platzen. Und zwar deswegen, weil Diepgen nur über die Zukunft reden will, nicht aber über das, was geschehen ist. Deshalb war der Fraktionsvorsitzende der SPD Walter Momper gut beraten, dieses Gespräch nach wenigen Minuten aufliegen zu lassen, nachdem der Regierende Bürgermeister kein Interesse zeigte, über die tatsächlichen Vorkommnisse zu reden und hierüber auch Rechenschaft abzulegen.

Im Juni 1981 hatte Richard von Weizsäcker über den Zustand der Stadt ausgeführt: „Politische Führung und öffentliche Verwaltung haben an Glaubwürdigkeit verloren. Politiker sind in den Verdacht geraten, ihre persönlichen Interessen besser zu betreuen, als das öffentliche Wohl. Der öffentliche Dienst und der vorpolitische Raum sind unter den Einfluß einer Beutepolitik durch politische Parteien gelangt. Gewaltenteilung und Verantwortlichkeiten sind verwischt worden. Die tiefste Vertrauenskrise aber entsteht, weil Politiker aus Angst, daß es sie Stimmen kosten könnte, die ihnen bekannte Wahrheit verschweigen.“

Diese Beschreibung trifft auf den jetzigen Zustand des CDU-Senats wortwörtlich zu. Es ist offensichtlich, daß nach dem Abgang Richard von Weizäckers die Strukturen der alten CDU sich wieder durchgesetzt haben. Und dieses mit der Überheblichkeit der Macht nach ihrem letzten Wahlsieg.

Auf dem letzten Parteitag der CDU hat Diepgen gedroht: Wer sich selber bedient, fliegt. In Charlottenburg haben sich sehr viele bedient. Doch Diepgen sieht weg, anstatt den Sumpf auszutrocknen.

Inzwischen hat der Skandal eine solche Form angenommen, daß selbst die Bundes-CDU beunruhigt ist. Die Ausstrahlung der Berliner CDU als eine von Kriminellen unterwanderte Skandalpartei macht vielen CDU-Politikern auf Bundes- und Landesebene zu schaffen. Es wird sich wohl die Frage stellen, wie lange ein Regierender Bürgermeister Diepgen, der nicht bereit ist, die Wahrheit zu sagen und strikte Konsequenzen zu ziehen, und wie lange noch ein Bürgermeister Lummer, der ganz offensichtlich in das Milieu verstrickt ist, sich halten können.

Im Interesse der Stadt, die schon häufig genug schwierige Situationen durchstehen mußte, die bundesweit ein negatives Image für die Stadt gebracht haben, ist es dringend notwendig, daß dieser Schnitt so schnell wie möglich durchgeführt wird.

(-/31.1.1986/rs/ks)



Zur Straßenbaupolitik der SPD

Wir lassen uns von den Grundsätzen „Qualität vor Quantität“ und „Ausbau statt Neubau“ leiten

Von Klaus Daubertshäuser MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in den Beratungen zum Bundesfernstraßen-Ausbaugesetz schwerwiegende Bedenken gegen eine Reihe von Großprojekten geäußert. Insbesondere das Netz der Bundesautobahnen hat eine solche Dichte und Leistungsfähigkeit erreicht, daß an weitere Bauvorhaben ein besonders strenger Maßstab zu legen ist. Strenge Kriterien müssen dabei nicht nur für die Entscheidung gelten, ob eine Baumaßnahme überhaupt erforderlich ist oder nicht, sondern ebenso bei der Wahl der Streckenführung und der Bauausführung.

Es gelten folgende Grundregeln:

1. Aufnahme von Projekten in den Bedarfsplan nur bei wirklich unabweisbarem verkehrlichen Bedarf und ökologisch vertretbarem Risiko, insbesondere Verzicht auf Trassenführung in ökologisch besonders sensiblen Gebieten wie Biotope, Moore und ähnliches.
2. Vordringliche Einstufung für solche Projekte, mit denen die besonders stark den Menschen und die Umwelt belastenden Straßen ersetzt werden durch vorbildliche menschen- und umweltgerechte sowie städtebaulich sinnvolle Lösungen.
3. Generelle Priorität des Ausbaus vor Neubau.
4. Reduktion der Ausbaustandards, vor allem Beschränkung auf die unumgängliche Zahl von Fahrstreifen.
5. Renaturierung von nicht mehr benötigten Verkehrsflächen.

Diese fünf Hauptkriterien waren auch der Wertmesser für unsere Bewertung der Regierungsvorlage und für die Bewertung der Abänderungsanträge der anderen Fraktionen.

Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß der Bundestrassenteil im großen und ganzen verträglich ist mit unseren Zielen. Insbesondere Ortsumgehungen nutzen den Bürgern, sie bringen eine wirksame Entlastung von Lärm und Abgasen. Aber der zweite Teil des Gesetzentwurfs - nämlich der Autobahnteil - ist so nicht für uns akzeptabel. Weil dies so ist, haben wir eine Trennung dieser Teile beantragt, damit der erste Teil angenommen und der zweite Teil, also der Autobahnteil, abgelehnt werden kann. Die Mehrheit hat dieses Verfahren leider nicht akzeptiert.



Wir haben deshalb unsere Haltung auch in dieser Debatte verdeutlicht durch unsere Abänderungsanträge, durch unseren Entschließungsantrag, den wir in der dritten Lesung zur Beschlußfassung vorlegten. Da unserem Antrag auf Trennung des Bundesfernstraßengesetzes nicht entsprochen wurde, werden wir eine neue Gesetzesinitiative starten, die zum Ziel hat, die umstrittenen Autobahn-Großprojekte nachträglich doch noch aus dem Bedarfsplan zu streichen.

Wir haben in der zweiten Lesung verdeutlicht, daß sich unsere Kritik besonders bezieht auf die Autobahnen A 94, A 95, A 98, A 26 und A 33. Somit lehnen wir von den 800 km Autobahnen, bei denen noch nicht mit dem Bau begonnen wurde, cirka 250 km ab. Bei den übrigen Bedarfsplanstufen des Autobahnbaus schlagen wir weitere Streichungen beziehungsweise Rückstufungen von über 150 km vor. Dazu gehört auch der umstrittene Alleeentunnel in Frankfurt, den offensichtlich auch die Grünen wollen.

Wir haben uns, wie unsere Gesetzesinitiativen und Abänderungsanträge zeigen, diesem Prozeß der Selbstkorrektur gestellt. Wir haben in einem ganz beträchtlichen Maße früher getroffene Entscheidungen revidiert.

Straßenbau „JA oder NEIN“ ist keine Glaubensfrage, ist keine Frage der Qualität. Die gesamte Diskussion um die Straßenbauprojekte ist eine Frage der Quantität - übrigens für alle Fraktionen. Die einen wollen mehr Straßenbau, die anderen weniger. Auch die GRÜNEN sind nicht absolut gegen den Straßenbau. Von den 8.000 km Bundesstraßen und Autobahnen in der Bedarfsplanüberprüfung finden über 5.000 km ihre Zustimmung.

Unsere Formel „Qualität vor Quantität“ und „Ausbau statt Neubau“ ist auch von den Bürgern in einem breiten Maße akzeptiert worden. Deshalb ist es folgerichtig, Straßenbau noch behutsamer zu betreiben als bisher.

Eine derartige Straßenbaupolitik steht auch im Einklang mit unserer Politik der ökologischen Erneuerung.

(-/31.1.1986/rs/ks)

* * *